



Aktuelles – Actualité – Attualità

Die Rubrik «Aktuelles – Actualité – Attualità» soll die Leserinnen und Leser in übersichtlicher und konziser Form auf aktuelle Meldungen und neue Veröffentlichungen mit Föderalismusbezug hinweisen sowie auf aktuelle föderalismusrelevante Entwicklungen im Gesetzgebungsprozess und in der Rechtsprechung verweisen. Es handelt sich dabei um eine punktuelle Betrachtung der neusten Geschehnisse und Veröffentlichungen, ohne dass dabei ein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird. Weitere Hinweise, insbesondere auf Studien und Forschungsergebnisse, nehmen wir gerne [per Mail](#) entgegen.

La rubrique «Aktuelles – Actualité – Attualità» entend signaler à ses lecteurs et à ses lectrices, sous une forme claire et concise, les nouvelles publications relatives au fédéralisme, mais également les derniers développements touchant le fédéralisme dans la législation et la jurisprudence. Il s'agit ici d'une prise en compte ponctuelle des événements et des publications les plus récents, sans pour autant prétendre à l'exhaustivité. Pour enrichir notre prestation, nous recevons volontiers des [courriels](#) mentionnant des études en cours ou les conclusions de travaux de recherches qui viennent de s'achever.

La rubrica «Aktuelles – Actualité – Attualità» indica alle lettrici e ai lettori le notizie attuali e le nuove pubblicazioni riguardanti il federalismo. Ne segnala inoltre le tendenze rilevanti nella legislazione e giurisprudenza. Si tratta di un'osservazione episodica degli eventi recenti e pubblicazioni senza pretesa di essere esaustiva. Accettiamo volentieri [per e-mail](#) ulteriori indicazioni, in particolare riguardanti studi e risultati di ricerca scientifica.



Inhalt – Sommaire – Elenco

Aktuelles – Actualité – Attualità.....	1
I. Rechtsetzung – Législation – Legislazione	3
1. Beschlossene Änderungen	3
2. Hängige und erledigte Geschäfte	3
3. Botschaften und Gesetzesentwürfe	4
4. Vernehmlassungsvorlagen	5
II. Amtliche Veröffentlichungen – Publications officielles – Pubblicazioni ufficiali.....	6
III. Rechtsprechung – Jurisprudence – Giurisprudenza.....	9
IV. Studien, Literatur und Kommentare – Etudes, bibliographie et commentaires – Studi, letteratura e commenti.....	12
1. Staatsorganisation.....	12
2. Territoriale Struktur und Regionen	13
3. Politisches System und politische Rechte	14
4. Öffentliche Finanzen	14
5. Wirtschaft.....	15
6. Diverses	15
V. Meldungen – Annonces – Notizie	16
1. Staatsorganisation und Behörden.....	16
2. Territoriale Struktur und Regionen	16
3. Politisches System und politische Rechte	17
4. Migration.....	18
5. Öffentliche Finanzen	19
6. Digitalisierung.....	19
7. Raumplanung	20
8. Öffentliche Werke – Energie – Verkehr	20
9. Gesundheit – Umwelt – Soziales	21
10. Wirtschaft.....	21

I. Rechtsetzung – Législation – Legislazione


1. Beschlossene Änderungen




nach Datum aufgelistet – listés par date – elencati per data

Datum und Zuständigkeit	Änderung
28.08.2023 Bundesversammlung 	Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist wird die am 17. März 2023 durch die Bundesversammlung beschlossene Änderung des Parlamentsgesetzes (ParlG; «Verbesserung der Funktionsweise des Parlamentes, insbesondere in Krisensituationen») am 4. Dezember 2023 in Kraft treten. Diese Gesetzesänderung ermöglicht u.a. in besonderen Ereignissen die virtuelle Teilnahme an Ratsitzungen (Art. 10a nParlG) sowie die Durchführung von virtuellen Sitzungen der parl. Kommissionen (Art. 45b nParlG). Ausserdem statuiert sie unter bestimmten Voraussetzungen die unverzügliche Durchführung von ausserordentlichen Sessionen (Art. 2 Abs. 3 ^{bis} nParlG) und verlangt, dass der Bundesrat die zuständigen Kommissionen zu den Entwürfen für Notverordnungen konsultiert (Art. 151 Abs. 2 ^{bis} i.V.m. Anhang 2 nParlG). Beschluss Änderung des ParlG (AS 2023 483) Stellungnahme des Bundesrates vom 16. Februar 2022 Referendumsvorlage vom 17. März 2023 (BBl 2023 784)
06.09.2023 Bundesrat 	Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist am 6. Juli 2023 hat der Bundesrat beschlossen, die vom Parlament am 17. März 2023 beschlossene Änderung und damit die erste umfassende Revision der ZPO (Verbesserung der Praxistauglichkeit und der Rechtsdurchsetzung) per 1. Januar 2025 in Kraft zu setzen. Die wesentlichsten Änderungen betreffen die Neuregelung der Prozesskosten , Verhandlungen mittels elektronischer Mittel und die Stärkung des Schlichtungsverfahrens (insbesondere durch eine Kompetenzerweiterung) . Zudem wird den Kantonen ermöglicht, sich in bestimmten Fällen von internationalen Handelsstreitigkeiten für zuständig erklären zu können (vgl. Art. 6 Abs. 4 lit. c und Art. 129 Abs. 2 lit. b nZPO). Den Entscheid über die Inkraftsetzung hat der Bundesrat nach Konsultation der Kantone gefällt, womit Bund, Kantone, Justiz und Anwaltschaft genügend Zeit zur Vorbereitung und Umsetzung der Änderungen zur Verfügung stehen soll. Beschluss Änderung der ZPO (AS 2023 491) Medienmitteilung Communiqué de presse Comunicato stampa

2. Hängige und erledigte Geschäfte


nach Datum aufgelistet – listés par date – elencati per data



Datum und Zuständigkeit	Geschäft	Weiteres Vorgehen
18.09.2023 Parlament 	Nach dem Nationalrat am 12. Juni 2023 hat nun der Ständerat in der Zweitbehandlung die vom Bundesrat vorgeschlagene Änderung des Bundesgesetzes über die Regionalpolitik einstimmig angenommen . Mit dieser sollen neu à-fonds-perdu-Beiträge zur Förderung kleiner Infrastrukturprojekte ermöglicht werden.	Erledigt (<i>Referendumsfrist bis 18. Januar 2024</i>)

	<p>Beide Räte haben der Änderung anlässlich der Schlussabstimmung vom 29. September 2023 zugestimmt.</p> <p>SDA-Meldung Entwurf Bundesgesetz Regionalpolitik (BBl 2023 665) Geschäft des Bundesrates 23.029 (Curia Vista)</p>	
<p>18.09.2023 Parlament</p> 	<p>Die nationalrätliche Motion 21.4404 KLOPFENSTEIN BROGGINI beauftragte den Bundesrat, im USG neu «kritische Grenzwerte» für die Luftreinhaltung zu verankern, welche den Kantonen ermöglichen sollten bei deren Überschreitung «Notmassnahmen» zu fällen; unter geltender Rechtslage ist ihnen ein Einschreiten «erst» bei eineinhalbfacher Überschreitung der LRV-Immissionsgrenzwerte möglich. Mit den neuen kritischen Grenzwerten sollte den Kantonen eine schnellere Handlungsmöglichkeit eingeräumt werden. Der Bundesrat erachtete die geforderte Einführung von Notmassnahmen als nicht zielführend, daher sei eine Gesetzesänderung durch den Bund nicht nötig. Die Motion wurde vom Nationalrat mit 120 zu 65 Stimmen abgelehnt. Damit gilt die Motion als erledigt (Art. 121 Abs. 2 Satz 1 ParlG).</p> <p>Sitzungsprotokoll Motion 21.4404</p>	Erledigt
<p>19.09.2023 Parlament</p> 	<p>In der nationalrätlichen Motion 22.4467 MAITRE wird vom Bundesrat die rasche Verhandlungsaufnahme für ein Doppelbesteuerungsabkommen bez. Erbschaftssteuern mit Frankreich verlangt. Hintergrund ist ein Erbfall im Kanton GE, bei dem die in Frankreich wohnhaften Erben ein Bankkonto eines in Genf wohnhaften Cousins geerbt hatten. Aufgrund der unterschiedlichen Anknüpfungstatbestände wurden diese in der Schweiz zu 55% und in Frankreich zu 60%, demnach gesamthaft zu 115% steuerpflichtig. Trotz der ablehnenden Stellungnahme des Bundesrates hat der Nationalrat die Motion nun deutlich mit 190 Ja-Stimmen angenommen. Das Geschäft geht nun in den Ständerat in die Beratung (Art. 121 Abs. 2 Satz 2 ParlG).</p> <p>Medienmitteilung Sitzungsprotokoll Motion 22.4467</p>	Zweitbehandlung im Ständerat
<p>31.08.2023 Bundeskanzlei</p> 	<p>Am 10. August 2023 wurde bei der Bundeskanzlei die eidgenössische Volksinitiative «200 Franken sind genug!» eingereicht. Diese ist nun offiziell mit 126'290 gültigen Unterschriften formell zustande gekommen.</p> <p>Verfügung der Bundeskanzlei (BBl 2023 2008)</p>	Beim Bundesrat hängig

3. Botschaften und Gesetzesentwürfe



nach Datum aufgelistet - listés par date - elencati per data

Datum und Zuständigkeit	Gegenstand
<p>21.06.2023 Bundesrat</p> 	<p>Gestützt auf das Postulat 19.3730 CHEVALLEY unterbreitete der Bundesrat dem Parlament seinen Entwurf zur Änderung des Energiegesetzes. Planungs- und Baubewilligungs- sowie Rechtsmittelverfahren für Solar- und Windkraftanlagen resp. zur Strom- und Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien sollen durch Vorgaben an Kantone</p>

	<p>und Gerichte vereinfacht und folglich beschleunigt werden. Da dem Bund in diesem Sachbereich nur eine Grundsatzgesetzgebung zukommt, betrifft die Revision v.a. verfahrensbeschleunigende Massnahmen betr. grosse Anlagen von nationalem Interesse. Die Kantone sollen in ihrer Richtplanung Eignungsgebiete festlegen; für die Baubewilligung solle ein konzentriertes Plangenehmigungsverfahren gelten. Damit soll ein ganzes Projekt nicht mehr in einzelnen Etappen vor BGer. angefochten werden können.</p> <p>Botschaft Änderung Energiegesetz (BBI 2023 1602) Entwurf Änderung Energiegesetz (BBI 2023 1603)</p>
<p>29.09.2023 Parlament  Bundesrat </p>	<p>Nach der breiten Ablehnung der Regulierungsbremse nahmen die Räte im Rahmen ihrer Schlussabstimmung anlässlich der Herbstsession 2023 in Erfüllung der Motion 16.3388 SOLLBERGER am 29. September 2023 den Entwurf zum Unternehmensentlastungsgesetz (UEG) an. Damit stimmte das Parlament im Sinne des Bundesrates, der, obschon er ursprünglich auch bei der vorgenannten Motion die Ablehnung beantragte, der Regulierungsbremse wegen ihrer staatspolitischen Nebenwirkungen (<i>sic</i>) bei «<i>eher überschaubaren</i>» Entlastungswirkungen ablehnend gegenüberstand. Die Referendumsfrist läuft bis zum 18. Januar 2024.</p> <p>22.082 Geschäft des Bundesrates (Curia Vista) Botschaft Unternehmensentlastungsgesetz (BBI 2023 166) UEG vom 29. September 2023 (BBI 2023 2297)</p>





4. Vernehmlassungsvorlagen





nach Datum aufgelistet - listés par date - elencati per data




Frist und Zuständigkeit	Gegenstand
<p>21.06.2023 Bundesrat </p>	<p>In Umsetzung der am 16. Dezember 2022 verabschiedeten Änderung des AIG soll die VVWAL dahingehend geändert werden, dass der bisherige Pauschalbetrag des Bundes an die kantonalen Ausreisezentren von CHF 200.00 auf CHF 100.00 pro Tag gesenkt und der Begriff der ausserordentlich hohen Zahl von illegalen Grenzübertritten gesetzlich präziser definiert werden sollen. Die Vernehmlassungsfrist lief bis zum 12. Oktober 2023. Nunmehr werden allfällige Stellungnahmen und der Ergebnisbericht abgewartet.</p> <p>Vernehmlassung 2023/2 Vernehmlassungsvorlage (VE-VVWAL-Änderung)</p>
<p>28.06.2023 Bundesrat </p>	<p>Mit Einführung des EPD sollen u.a. die Behandlungsqualität sowie die Effizienz des Gesundheitssystems verbessert werden, was mit einer umfassenden Revision des EPDG erreicht werden soll. Dabei sollen auch die Aufgaben und Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen und die Beiträge im EPD zwischen eben diesen neu geregelt werden. Die Vernehmlassungsfrist lief bis zum 19. Oktober 2023. Es werden nun allfällige Stellungnahmen und der Ergebnisbericht abgewartet.</p> <p>Vernehmlassung 2022/97 Vernehmlassungsvorlage EPDG (umfassende Revision)</p>

II. Amtliche Veröffentlichungen – Publications officielles – Pubblicazioni ufficiali

nach Datum aufgelistet – listés par date – elencati per data




Datum und Zuständigkeit	Gegenstand
17.05.2023 Bundesrat 	In Erfüllung des Postulats 20.4257 WÜRTH hat der Bundesrat einen Bericht über die demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die kantonalen Finanzen analysiert. In GE und GR wurde zudem die Beeinflussung der Ausgaben durch die demografische Entwicklung bis 2050 untersucht. Aus dem Bericht geht hervor, dass in allen Kantonen relativ zu den Einnahmen mit einer verstärkten Zunahme der Ausgaben zu rechnen ist und die unterschiedliche demografische Entwicklung zu steigenden Disparitäten zwischen den Kantonen führt. Die KdK « <i>vermiss[t]</i> » konkrete Aussagen zu den Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Kantone; damit liesse sich « <i>besser beurteilen</i> », wie die wachsende Finanzierungslücke mit dem Finanzausgleich aufgefangen werden könne. Medienmitteilung Plenarversammlung KdK
22.09.2023 Konferenz der Kantonsregierungen <i>KdK</i> <i>Cdc</i>	In Erfüllung des Postulats 20.4257 WÜRTH hat der Bundesrat einen Bericht über die demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die kantonalen Finanzen analysiert. In GE und GR wurde zudem die Beeinflussung der Ausgaben durch die demografische Entwicklung bis 2050 untersucht. Aus dem Bericht geht hervor, dass in allen Kantonen relativ zu den Einnahmen mit einer verstärkten Zunahme der Ausgaben zu rechnen ist und die unterschiedliche demografische Entwicklung zu steigenden Disparitäten zwischen den Kantonen führt. Die KdK « <i>vermiss[t]</i> » konkrete Aussagen zu den Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Kantone; damit liesse sich « <i>besser beurteilen</i> », wie die wachsende Finanzierungslücke mit dem Finanzausgleich aufgefangen werden könne. Medienmitteilung Plenarversammlung KdK
23.08.2023 Conseil fédéral 	En 2021, le canton de Neuchâtel a modifié sa loi sur les droits politiques afin d' interdire la collecte rémunérée de signatures pour des initiatives et référendums fédéraux, cantonaux et communaux. Le Conseil fédéral n'a pas approuvé cette modification juridique sur la base de l' art. 39 al. 1 Cst. en ce qui concerne uniquement les initiatives et référendums fédéraux . En effet, la Loi fédérale sur les droits politiques (<i>LDP</i> ; RS 161.1) ne l'interdit pas. Communiqué de presse Medienmitteilung
23.08.2023 Consiglio federale 	Il capo del DFAE , IGNAZIO CASSIS, incontra la nuova composizione del Consiglio di Stato per la prima volta dopo le elezioni cantonali dell'aprile 2023. All'ordine del giorno c'erano temi di attualità e di interesse comune, come le relazioni transfrontaliere e la promozione dell'italianità in Svizzera e all'estero. È inizialmente stato discusso e lodato il ruolo del Canton TI sul piano della visibilità internazionale : sono infatti diversi gli eventi ai quali il cantone italofono ha funto da palcoscenico. In seguito, è stato fatto il punto della situazione sugli sviluppi delle relazioni con la vicina penisola , in particolare sull'entrata in vigore – estate 2023 – dell'accordo per l' imposizione dei frontalieri . Il dialogo concernenti l' asse nord-sud , la questione migratoria e lo stato dei colloqui esplorativi con l'UE sono stati al centro della parte conclusiva di questa visita, alla quale ha presenziato anche il nuovo console generale svizzero a Milano (<i>Stefano Lazzarotto</i>). Comunicato Stampa
25.08.2023 Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD 	Nachdem das Bundesparlament in der diesjährigen Sommersession einen entsprechenden Kredit abgelehnt hatte, stellten die Kantone dem Staatssekretariat für Migration (SEM) ca. 1800 neue Unterbringungsplätze zur Verfügung gestellt, womit der Bund nun über einen grösseren Handlungsspielraum zur Erstunterbringung Asylsuchender verfügt. Bund und Kantone verfolgen gemeinsam das




	Ziel, die vorzeitige Zuweisung von Asylsuchenden an die Kantone zu vermeiden. Gesamthaft stehen nun ca. 11'000 Unterbringungsplätze zur Verfügung. Medienmitteilung
29.08.2023 Bundesamt für Energie BFE 	Gemäss dem im Auftrag des BFE erstellten Jahresbericht zum Gebäudeprogramm 2022 wurden von den Kantonen [s. <i>Art. 34 Abs. 1 Satz 2 CO₂-Gesetz</i> ; SR 641.71] total CHF 425 Mio. und damit fast CHF 65 Mio. mehr an Fördergeldern als im Vorjahr ausbezahlt. Die aufgrund dieser Gelder realisierten Massnahmen führen lebensdauerbereinigt zu einer Energieersparnis von 8,8 Mia. kWh und einer Reduktion des CO ₂ -Ausstosses von 2½ Mio. Tonnen. Die Globalbeiträge des Bundes für das Jahr 2023 betragen CHF 414 Mio., die kantonalen Mittel wiederum CHF 212 Mio. Die Beiträge des laufenden Jahres würden damit erneut die höchsten seit Einführung des Programms sein. Medienmitteilung Jahresbericht Gebäudeprogramm 2022 «Das Gebäudeprogramm»
05.09.2023 ch Stiftung für eidg. Zusammenarbeit  <small>Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit Fondation pour la collaboration confédérale Fondazione per la collaborazione confederale Fondazione per la collaborazione federale</small>	Im Haus der Kantone wurde CAROL SCHAFROTH , Geschäftsführerin des Campus für Demokratie , von der Neuenburger Staatsrätin und Präsidentin des Stiftungsrates FLORENCE NATER der Föderalismuspreis 2023 verliehen. Der Campus für Demokratie habe eine landesweite Plattform für politische Bildung und Partizipation geschaffen, welche die Akteurinnen und Akteure dieses Bereichs über verschiedene Projekte miteinander verbinde. Darüber hinaus würdigte die Jury die Qualität des von DOMINIC BÜTTNER initiierten Projekts «Constitutio» . Medienmitteilung Communiqué de presse Comunicato stampa Campus für Demokratie Constitutio
11.09.2023 IEA 	Die Internationale Energie-Agentur hat in ihrem <i>Energy Policy Report 2023</i> die von der Schweiz «rasch umgesetzten» Massnahmen in ihrer Energiepolitik (<i>Wasserkraftreserve, Mantelerlass sichere Stromversorgung, Solar- und Windoffensive des Parlaments</i>) begünstigt . Jedoch sei der Bund im Bereich von CO ₂ -Transport und -lagerung rechtlich eingeschränkt, da die Boden- und Untergrundplanung in die Kompetenz der Kantone falle. Allgemein bedinge der ausgeprägte föderale Aufbau der Schweiz (<i>«Switzerland's distinct federal structure»</i>) eine enge Kooperation zwischen Bund und Kantonen zur Vorantreibung der Energiewende. Mit den Regulationen der EnDK sei eine gewisse Harmonisierung bei energetischen Gebäudevorschriften erreicht worden. Mit einer ähnlichen Vorgehensweise könnte auch die Harmonisierung in anderen Bereichen, wie Bewilligungsverfahren und Raumplanung, verbessert werden. Switzerland 2023 Energy Policy Report Executive Summary IEA Medienmitteilung des Bundes
19.09.2023 Parlament 	Le Conseil national a refusé deux motions pour des contrôles plus poussés par la Confédération auprès des cantons en matière d'attribution de forfaits fiscaux (<i>en raison de soupçons de « dumping fiscal » de la part de certains cantons</i>). Le Conseil fédéral n'estime pas nécessaire de prévoir des mécanismes de contrôle supplémentaires. Communiqué de presse
22.09.2023	Im Anschluss an die vom Bundesrat vorgesehenen Sparmassnahmen zur Entlastung des Bundeshaushaltes 2024/2025 hat die KdK hierzu Stellung genommen: Die Senkung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer stelle einen «massiven Eingriff in die Kantonsautonomie» dar, was die Kantone «entschieden



<p>Konferenz der Kantonsregierungen KdK Cdc</p>	<p><i>ablehnen</i>». Trotz Anerkennung des Handlungsbedarfs des Bundes dürften Ver-schiebungen nicht einseitig zu Lasten der Kantone erfolgen. Ebenso solle der Bund auf Finanzierungskürzungen beim regionalen Personenverkehr verzichten. Entlastung Bundeshaushalt: Standpunkt der Kantone (Fokus 3/2023) Stellungnahme Plenarversammlung</p>
<p>22.09.2023 Konferenz der Kantonsregierungen KdK Cdc</p>	<p>Die Plenarversammlung der KdK hat die Vornahme verschiedener Optimierungen bei der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich beschlossen. Hierzu hat sie einen neuen Leitfaden verabschiedet, welcher als «<i>Grundlagenpapier</i>» den Kantonen bei der Aushandlung interkantonaler Vereinbarungen behilflich sein soll. Zugleich wurde der Kommentar zur Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit aktualisiert. Leitfaden interkantonale Zusammenarbeit Lastenausgleich Kommentar KdK Rahmenvereinbarung vom 22. September 2023</p>
<p>22.09.2023 Bundesrat </p>	<p>Nach Art. 76 Abs. 1 ATSG wacht der Bundesrat über die Durchführung der Sozialversicherungen und erstattet hierüber regelmässig Bericht. Dieser ist nun für 2022 publiziert worden. Er beinhaltet im Wesentlichen eine Gesamtübersicht über die jüngsten politischen Diskussionen in diesem Rechtsbereich, die neusten Kennzahlen auf Bundes- und Kantonebene (<i>finanzielle Beteiligung</i>) und aktuelle Informationen zu den Sozialversicherungen im Allgemeinen sowie ausgewählte sozialversicherungsrechtliche Rechtsprechung des KGer. GR und des BGer. Jahresbericht 2022 über die Sozialversicherungen</p>
<p>11.10.2023 Bundesrat </p>	<p>In Erfüllung des Postulats 19.3570 JOSITSCH hat der Bundesrat die Kompetenzaufteilung in der Strafverfolgung zwischen Bund und Kantonen geprüft. Er kommt zum Schluss, dass sich das System bewährt habe und daher keiner umfassenden Reform bedürfe. Zur Effizienzsteigerung könnten aber gewisse Aufgaben zwingend der Kompetenz der Bundesanwaltschaft zugeführt werden, während gerade Delikte, die für den Staatsschutz wenig Relevanz hätten, in die Kompetenz der Kantone überführt werden könnten. Dort wo er Handlungsbedarf sieht, werde der Bundesrat eine vertiefte Prüfung vornehmen. Medienmitteilung Bericht BR Struktur/Organisation/Zuständigkeit/Überwachung BA</p>
<p>17.10.2023 Bundeskanzlei </p>	<p>Am 27. September 2023 wurde die Unterschriftenliste zur Souveränitätsinitiative eingereicht. Die Sammelfrist gemäss Art. 139 Abs. 1 BV läuft bis am 17. April 2024. Nach dem Initiativtext soll die Schweiz keine völkerrechtlichen Verpflichtungen mehr eingehen, welche Bund, Kantone oder Gemeinden verpflichten in den Schutzbereich von Grund- oder übrigen verfassungsmässigen Rechten einzugreifen. Auch Art. 190 BV soll entsprechend abgeändert und ergänzt werden. Zudem soll die Änderung «<i>für alle bestehenden und künftigen Bestimmungen der Verfassung sowie auf alle bestehenden und künftigen völkerrechtlichen Verpflichtungen von Bund, Kantonen und Gemeinden unmittelbar anwendbar</i>» sein. Eidgenössische Initiative «Souveränitätsinitiative» (BBI 2023 2350)</p>

III. Rechtsprechung – Jurisprudence – Giurisprudenza

nach Datum aufgelistet – listés par date – elencati per data

Entscheidung	Föderalismusrelevante Aspekte
<p>Bundesgericht 9C 674/2021 vom 20. März 2023</p> 	<p>Interkantonales Doppelbesteuerungsverbot – unangefochtene Veranlagungsverfügungen zweier Kantone: Der bündnerische Grund der «<i>revisio propter nova</i>» entspricht demjenigen von Art. 51 Abs. 1 lit. a StHG (<i>unechte Nova</i>). Die Revision steht nicht zur Verfügung, «<i>rechtskräftige Entscheide jederzeit infrage zu stellen oder frühere prozessuale Versäumnisse zu beheben; im Revisionsfall ist daher zu prüfen, ob unter den gegebenen Umständen das Revisionsgesuch dazu dient, den ordentlichen Rechtsweg zu umgehen</i>». In casu wurde die Verfügung des zweitveranlagenden Kantons nicht angefochten. Aufgrund dieses prozessualen Fehlverhaltens ist keine materielle Prüfung der aktuellen interkantonalen Doppelbesteuerung geboten. «<i>Es hat dabei zu bleiben, dass in der Steuerperiode 2015 zwei Kantone die persönliche Zugehörigkeit beanspruchen</i>». Im Endeffekt nimmt das BGer. damit an, dass die infolge selbstverschuldetem Prozessversäumnis unangefochten gebliebene zweite Veranlagungsverfügung keine erhebliche Tatsache oder entscheidendes Beweismittel i.S.e. Revisionsgrundes ist. Beschwerde abgewiesen.</p>
<p>Bundesgericht 1C 344/2022, 1C 656/2022 vom 2. Juni 2023 (zur Publikation vorge- sehen)</p> 	<p>Zuständigkeit bei Forderungshilfen aus dem OHG – keine Subsidiarität zur kantonalen unentgeltlichen Rechtspflege (uR): Der Vollzug des OHG obliegt grundsätzlich den Kantonen. Noch unter dem alten OHG waren OHG-Leistungen subsidiär zur uR, da der Bundesgesetzgeber nicht in Zuständigkeit der Kantone im Strafprozess eingreifen wollte; dies hat sich mit Art. 123 BV bzw. der eidgenössischen StPO und der Totalrevision des OHG beträchtlich verändert. In einer systematischen Auslegung des OHG erwog das BGer., dass die Annahme einer Subsidiarität der OHG-Leistungen zur uR die «<i>finanziell sehr schlecht gestellte</i>» Kategorie von Opfern gegenüber denjenigen, die zwar nicht mittellos i.S.d. uR sind, jedoch die Voraussetzungen für OHG-Leistungen noch erfüllen, schlechter gestellt sind, was nicht mit Art. 8 BV und Art. 30 Abs. 3 OHG vereinbar ist. Sinn und Zweck der OHG-Leistungen ist es, die Inanspruchnahme der Sozialhilfe zu verhindern. Keine Subsidiarität zur uR. Beschwerden gutgeheissen.</p>
<p>Tribunal cantonal CST 12 et 13 2022 du 5 juin 2023</p> 	<p>Contrôle de constitutionnalité et conformité au droit fédéral de la LAEI : les requérantes ont fait valoir que la LAEI et notamment la LApEI (<i>violeraient la garantie de la propriété contrôle abstrait</i>). Constatation préalable de la compétence concurrente pleine et entière de la Confédération en matière de transport et de livraison d'électricité (<i>art. 91 al. 1 Cst.</i>), ainsi les cantons avaient perdu la faculté de légiférer dans ce domaine sous réserve « <i>des attributions</i> » que la LApEI leur laisse expressément [<i>ou alternativement où la confédération n'a pas légiféré</i>]. Les cantons ont conservé le droit de fixer et structurer les tarifs dans la mesure où il n'est pas déterminé par la LApEI. En conclusion, la cour constate que les articles invoqués par les requérantes sont conformes au droit supérieur et ne violent pas la garantie de la propriété, à l'exception de l'art. 12 let. b-g LAEI ; ces derniers imposent des obligations nouvelles aux gestionnaires de réseau (<i>en dehors de l'art. 5 LApEI</i>). La cour constate que ces dispositions sont détachables de la LAEI et que celle-ci peut être mise en vigueur sans elles.</p>

<p>Bundesgericht 1C 370/2022 vom 19. Juni 2023</p> 	<p>Anfechtung Strassenplan – Planungsautonomie: Vorliegend wurde ein vom Zürcher Stadtrat festgesetzter Strassenplan nach seiner Festsetzung (§ 45 Abs. 1 StrG ZH), aber vor seiner Genehmigung durch den Regierungsrat (§ 45 Abs. 3 StrG ZH i.V.m. Art. 26 Abs. 3 RPG) vor den Justizbehörden angefochten. Rechtsmittel- und Genehmigungsverfahren zu trennen ist nach dem BGer. nicht bundesrechtswidrig, Art. 25a RPG erfordert jedoch eine Abstimmung der beiden jeweiligen Entscheide; es ist grundsätzlich den Kantonen überlassen, wie sie dies umsetzen, spätestens aber im Verfahren vor der letzten kantonalen Rechtsmittelinstanz muss der Genehmigungsentscheid vorliegen, denn es entspricht nicht dem Sinn der Koordinationsgrundsätze die «erstmalige materielle Koordination» vor BGer. herbeizuführen. Würde es über Teile eines Nutzungsplans vor seiner ganzheitlichen Überprüfung entscheiden, «käme es in der Regel zu einem unzulässigen Eingriff in die von grosser Autonomie geprägten Aufgabe der kantonalen Genehmigungs- und Rechtsmittelbehörden (Art. 75 BV, Art. 26 und 33 RPG)». Nichteintreten.</p>
<p>Bundesgericht 9C 633/2022 vom 22. Juni 2023 (zur Publikation vorgesehen)</p> 	<p>Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip kommunale Anschlussgebühren: Gleichgültig, ob man im Kostendeckungsprinzip ein selbstständiges verfassungsmässiges Recht sieht oder nicht, lässt dieses sich ohnehin nicht vom Gesetzesmässigkeitsgrundsatz trennen, womit sich letztlich nur noch die Frage stellen lässt, «ob das formelle Gesetz mit übergeordnetem oder gleichrangigem Recht vereinbar ist». Seine Praxis präzisierend führt es aus, dass das Kostendeckungsprinzip in diesem Fall nicht schon von Verfassungs wegen, sondern erst kraft gesetzlicher Anordnung zu beachten ist. Weder die Materialien noch eine verfassungskonforme Auslegung sprechen dafür, dass Art. 60a GSchG ein bundesgesetzliches Kostendeckungsprinzip beinhaltet. «(...) Art. 74 Abs. 2 BV [schreibt] Bund und Kantone das Verursacherprinzip vor, ermächtigt den Bund aber weder in dieser Bestimmung noch in [Art. 76 Abs. 2 f. BV], in die Finanzhoheit der Kantone einzugreifen, soweit damit nicht ein spezifisch gewässerschutzbezogenes Ziel verfolgt wird». Kantone und Gemeinden verletzen Art. 60a GSchG – noch – nicht, wenn die erhobenen Abgaben nicht nur die verursachten Kosten decken, sondern dem Gemeinwesen Mehreinnahmen verschaffen. Beschwerde abgewiesen.</p>
<p>Tribunal fédéral 6B 1263/2022 du 30 juin 2023</p> 	<p>Recours en matière pénale par une commune : À la suite d'une amende ordonnée par une commune « pour contravention » à la [a]LC VS, le TC VS a admis le recours des propriétaires touchés et a ainsi acquitté les appelants de l'amende. La commune a déposé un recours en matière pénale contre cet arrêt. Le TF résume sa jurisprudence, selon laquelle le Ministère public est considéré comme seul accusateur public lorsqu'il est compétent pour la poursuite de toutes les infractions commises sur le territoire cantonal. « Cela vaut aussi lorsque le droit cantonal charge en plus d'autres autorités de défendre l'intérêt public devant le juge pénal cantonal (...) ». Cette jurisprudence s'explique par le souci d'assurer l'application uniforme du droit fédéral dans les différents cantons. En effet, les ministères publics cantonaux doivent contribuer (...) pour une large part, à une application uniforme du droit fédéral ». Le législateur fédéral a laissé la liberté aux cantons d'attribuer la tâche de poursuivre et de juger les contraventions à des autorités administratives, ou d'attribuer cette compétence au Ministère public ou encore d'adopter des systèmes hybrides. Qualité de recourir niée. Recours irrecevable.</p>
<p>Bundesgericht</p>	<p>Vorschulische Sprachförderung – Wegkostenübernahme (Art. 19 BV): Gerügt wurde im Wesentlichen, dass die Kostenbeteiligungsregel von § 41c Abs. 2 f. VG</p>

<p>2C 402/2022 vom 31. Juli 2023 (zur Publikation vorgesehen)</p>  <p>Bundesgericht Tribunal fédéral Tribunale federale Tribunal federal</p>	<p>TG den Anspruch auf unentgeltlichen Grundschulunterricht verletze (<i>Art. 19 und 62 Abs. 2 BV</i>). Das BGer. rezipierte seine Rechtsprechung, wonach auch «<i>individuell nötige[r] Zusatzunterricht</i>» in einem gewissen Rahmen vom Anspruch auf Unentgeltlichkeit erfasst ist. Nach der Botschaft des Regierungsrates TG solle dieser Unterricht als selektives Obligatorium gezielt die Sprachkompetenz und Deutschkenntnisse fördern, was später die schulische Chancengleichheit erhöhe. Für das BGer. war damit ersichtlich, dass diese Sprachförderung potentiell sämtliche Kinder betreffe und der Kanton damit ein neues Schulobligatorium eingeführt habe. Es hat bereits – ebenfalls den Kanton TG betreffend – entschieden, dass es mit Art. 19 BV nicht vereinbar ist, für solchen Zusatzunterricht Kosten zu erheben (<i>BGE 144 I 1</i>). Die von Art. 19 BV garantierte Unentgeltlichkeit erfasst ebenfalls den Anspruch auf Übernahme der Transportkosten, wenn der Schulweg infolge übermässiger Länge oder Gefährlichkeit dem Kind nicht zumutbar ist. Die absolute Formulierung von § 41c Abs. 2 VG TG ist nicht mit Art. 19 BV vereinbar, «<i>zumal sich das Angebot (...) im Wesentlichen an 4-jährige Kinder richtet</i>». Beschwerde gutgeheissen: Aufhebung von § 41c Abs. 2 und 3 VG TG in der Fassung vom 12. Januar 2022.</p>
<p>Tribunal federale DTF 148 I 286</p>  <p>Bundesgericht Tribunal fédéral Tribunale federale Tribunal federal</p>	<p>Valore locativo – diritto tributario cantonale armonizzato (LAID): Il 1° giugno 2021 il Gran Consiglio del Canton Ticino ha modificato l'art. 20 LT TI. L'Alta Corte decreta la modifica non conforme al diritto superiore. Il diritto e la giurisprudenza federale in materia di imposizione del valore locativo impongono infatti un limite inferiore assoluto del 60% del valore di mercato. Questo limite tiene conto del principio della parità di trattamento e degli obblighi che ne derivano in materia fiscale: il valore locativo di un immobile non può dunque in nessun caso essere stabilito in funzione di un criterio altro che il valore di mercato. La modifica dell'art. 20 LT TI prevede invece che i proprietari di immobili la cui sostanza imponibile è inferiore a CHF. 500'000.- possano, con una semplice richiesta, fissare il limite massimo del valore locativo imponibile al «30% delle entrate in contanti». Si riscontra dunque una violazione del diritto superiore (<i>art. 8 cpv. 1, 127 cpv. 2 Cst. e art. 7 cpv. 1 LAID</i>) che non può in alcun modo essere giustificata dagli obiettivi perseguiti dal legislatore. Ugualmente, l'esistenza di norme simili in vigore in altri cantoni – che non sono ancora state impugnate davanti ad una corte – non è da considerare come una garanzia della compatibilità con il diritto superiore. Ricorso accolto.</p>
<p>Bundesgericht 9C 710/2022 vom 17. August 2023</p>	<p>Doppelbesteuerungsverbot – Verwirkung des Beschwerderechts (Praxisänderung): In der Lehre¹ werde die höchststrichterliche Figur dieser «<i>Verwirkung</i>», spätestens seit Inkrafttreten des BGG bis heute mit Skepsis aufgenommen.² In casu prüfte das BGer. erstmalig, ob sich aufgrund der an der Praxis geübten Kritik eine</p>

¹ Vgl. die Literaturhinweise in E. 2.2. in initio und die historischen Ursprünge der Verwirkungspraxis in E. 2.3.1.; zur Lehre unter Geltung des BGG vgl. statt vieler: BRUNNER A./BEUSCH M., in: Zweifel M./Beusch M./de Vries Reilingh D. (Hrsg.), Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, Interkantonaies Steuerrecht, 2. Aufl., Basel 2021, § 42 N 6-17.

² Nach bisheriger Praxis konnte der Steuerpflichtige sein prozessuales Beschwerderecht auf Beseitigung der Doppelbesteuerung verwirken, wenn er seine Steuerpflicht im zweitveranlagenden Kanton vorbehaltlos anerkannte oder sich treuwidrig verhielt («*doppelbesteuerungsrechtliches Rechtsmissbrauchsverbot*»); mit Blick auf den Charakter des Doppelbesteuerungsverbotess als verfassungsmässiges Recht war dies allerdings nur zurückhaltend anzunehmen (*BGE 147 I 325 (328 f.), E. 4.2.1.*). Seitens der Lehre wurde diese Verwirkung schon vor, aber spätestens seit Inkrafttreten des BGG, insbesondere aufgrund von Art. 100 Abs. 5 BGG, «*soweit ersichtlich einhellig*» als obsolet betrachtet; vgl. BRUNNER A./BEUSCH M., a.a.O., § 42 N 6 m.w.H.

(zur Publikation vorgelesen)



Änderung seiner – in seinen Ursprüngen offenbar seit [BGE 2 I 184](#) bestehenden – **Verwirkungspraxis** aufdrängte (E. 2.3.). In einer **intensiven teleologischen und rechtshistorischen** (*verfassungs-, steuer- und verfahrensrechtlichen*) thematischen **Auseinandersetzung** kommt das BGer. zum Schluss, dass an der Verwirkung des Beschwerderechts im Bereich des Doppelbesteuerungsverbot nicht mehr festgehalten werden kann (E. 2.5.), womit sich die Verwirkungseinrede des Kantons SZ als unbegründet erweist. Das Doppelbesteuerungsverbot dient einerseits dem Schutz der Steuerhoheit des berechtigten Kantons und andererseits dem Schutz des Steuerpflichtigen. Daher sind **Verhaltensgebote zu Gunsten des unberechtigten Kantons abzulehnen**. Mit Ausnahme bei der Kostenverlegung keine Treuwidrigkeit erwiesen. Beschwerde gutgeheissen.

IV. Studien, Literatur und Kommentare – Etudes, bibliographie et commentaires – Studi, letteratura e commenti

Im nachfolgenden Teil des Newsletters «Studien, Literatur und Kommentaren» wird eine Auswahl an föderalismusrelevanten Beiträgen zusammengefasst.

Die Beiträge sind nach Datum aufgelistet und nach Sachbereichen geordnet, deren Reihenfolge sich an der Auflistung an der systematischen Rechtssammlung des Bundes orientiert.

1. Staatsorganisation

- URSIN FETZ hat die vom kantonalen Recht vorgeschriebenen kommunalen Organisationsformen in der Schweiz in sechs Kategorien eingeteilt, an deren Enden jeweils die Kantone stehen, in denen entweder nur ein Gemeindeparlament oder eine Gemeindeversammlung vorgesehen ist; dazwischen stehen diejenigen Gemeinden, in denen Mischformen möglich sind. Grundsätzlich werde die Stimmbürgerschaft als höchstes legislatives Gemeindeorgan bezeichnet, wobei diese in Kantonen mit Gemeindeparlament nur über das fakultative Referendum in die Entscheidungsfindung einbezogen seien. V.a. in der lateinischen Schweiz seien Gemeindeparlamente verbreitet (*sog. ausserordentliche Gemeindeorganisation*). Obschon zahlenmässig mehr Gemeindeversammlungen als -parlamente beständen, lebe die Mehrheit der Bevölkerung in Gemeinden mit Parlament. Wenige Gemeinden kennen gar weder Versammlung noch Parlament, Exekutivvorlagen würden dort *«direkt an der Urne behandelt»*. Gegenüber der Gemeindeversammlung äusserten sich in der Lehre kritische Stimmen, da bei offenen Abstimmungen das Stimm- und Wahlgeheimnis nicht gewährleistet sei und weitere persönliche Gründe eine Teilnahme [*faktisch*] verunmöglichen könnten. Das einschlägige kantonale Recht mache den Parlamentsgemeinden nur wenige Vorgaben, entsprechend wichtig sei das jeweilige kommunale Recht. Er untersuchte zudem die kommunalen Legislativsysteme in elf ausgewählten Kantonen. Vorteil der Gemeindeversammlung sei ihre direktdemokratische Ausprägung, in der zugleich eine Debatte geführt werden könne, wobei aber die unverfälschte Stimmabgabe gewährleistet werden müsse (*Art. 34 Abs. 2 BV*). Ihre grösste Schwäche sei die tiefe Stimmbeteiligung. Gemeindeparlamente verfügten hingegen *«über eine gewisse Konstanz»*. Da Parlamentarier oft jahrelang im Amt blieben, seien sie – mit der Zeit – fachkundiger. Parteipolitik habe dort aber eine stärkere Bedeutung, womit diese infolge ihres Profilierungsdrucks die Sachpolitik verdrängen könne. Abschliessend plädiert der Autor dafür,

dass die Gemeinden die Urnenabstimmung beibehalten bzw. einführen sollten, um eine möglichst hohe Partizipation der Stimmbevölkerung zu erreichen. Er empfiehlt daher, dass den Gemeinden auf rechtlicher Ebene die Wahlmöglichkeit zwischen Gemeindeversammlung und Gemeindeparlament, kombiniert mit Urnenabstimmung, überlassen wird. Die Entsprechung am ehesten dem Subsidiaritätsprinzip «mit einer hohen Gemeindeautonomie». Von reinen Urnenabstimmungen rät er aus demokratischen Überlegungen her ab.

[FETZ URSIN, Ausgestaltung der kommunalen Legislative in der Schweiz, in: Jusletter vom 21. August 2023](#)

- OLIVIER MEUWLY rappelle ici le contexte historique européen des débats qui ont mené à la Constitution fédérale de 1848. Les débats de la Diète, traversés par de nombreuses discussions et tensions entre les différents cantons et les tendances politiques entre libéraux et radicaux, ont largement porté sur les questions de fédéralisme, de centralisation, des compétences qu'il convenait d'octroyer à la Confédération tant au niveau interne qu'au niveau international. En tout état de cause, les principes posés par la Constitution de 1848 sont encore débattus aujourd'hui.

[MEUWLY OLIVIER, La Constitution du 12 septembre 1848. L'acte fondateur de la Suisse moderne, in : CdC du 12 septembre 2023](#)

[Vérsion courte Versione ridotta Kurzfassung](#)

- Der Zürcher Kantonsrat hat das kantonale Beitrittsgesetz (*BeitrG; LS 720.1*) zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungsrecht (*IVöB*) verabschiedet und per 1. Oktober 2023 in Kraft gesetzt. In den Beratungen ist insbesondere die sog. Preisniveaunklausel «kontrovers diskutiert» worden. In ihrem Kurzbeitrag erklärt KATHARINA SEILER GERMANIER diese Klausel eingehender.

[SEILER GERMANIER KATHARINA, Kantonales Beitrittsgesetz zur IVöB vom Kantonsrat beschlossen, in: PBG aktuell 2/2023, S. 32 f.](#)

2. Territoriale Struktur und Regionen

- JAN BÜHLER und ANJA SCHEFFLER zeigen die bundes- und völkerrechtlichen Grundlagen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Gemeinden mit ausländischen Gebietskörperschaften auf. Die Autoren listen zunächst die relevanten völkerrechtlichen Vereinbarungen und ihre Bedeutung für die Gemeinden auf. Die Autoren postulieren aufgrund des hohen Stellenwerts der kommunalen Selbstverwaltung und Art. 5a BV sowie bestehenden völkerrechtlichen Übereinkommen des Bundes, dass die Gemeinden von Bundesrechts wegen im Rahmen des kantonalen Rechts befugt seien, Verträge mit grenzüberschreitendem Inhalt abzuschliessen. Sodann betrachten sie die kantonalrechtliche Situation in ausgewählten grenznahen Kantonen. Geltendes Bundes- und Völkerrecht stelle eine ausreichende Rechtsgrundlage zum Abschluss grenzüberschreitender Verträge von Schweizer Gemeinden mit benachbarten ausländischen Gebietskörperschaften dar. Für eine vertiefte Auseinandersetzung müsse man jedoch die konkreten Herausforderungen untersuchen, um überhaupt herauszufinden, ob das geltende Recht anzupassen bzw. zu konkretisieren wäre, «um einen einheitlicheren Rahmen – und damit eine grössere Chancengleichheit – für die grenzüberschreitende vertragliche Zusammenarbeit zu erlangen».

[SCHEFFLER JAN/BÜHLER ANJA, Grenzüberschreitende Verträge schweizerischer Gemeinden: rechtliche Voraussetzungen und Handlungsspielräume, in: ZBI 124/2023 \(Heft Nr. 8\), S. 403-421](#)

KdK
CdC

S

ZBI | Schweizerisches
Zentralblatt
für Staats- und
Verwaltungsrecht

DeFacto

3. Politisches System und politische Rechte

- Nach HANSPETER SCHAUB sehen einige die Versammlungsdemokratie in Gestalt der Landsgemeinde als ideale Form der Demokratie, andere hingegen als «*scheindemokratische Veranstaltung von Ewiggestrigen*». Sachlich betrachtet stehe fest, dass Stimmberechtigte nirgends so viele Wahlkompetenzen hätten wie in Appenzell-Innerrhoden und ihnen nirgends derart viele Sachgeschäfte wie in Glarus vorgelegt würden. Das systeminhärent fehlende Stimmgeheimnis (*Stimmabgabe durch öffentliches Handheben*) werde als schwerwiegendster Nachteil erachtet. Das «*Verblüffendste*» sei allerdings die Stimmschätzung, wobei die Glarner Verfassung gar eine Auszählung ausschliesse, obschon sich gezeigt habe, dass erst am einem Stimmverhältnis von mind. 60:40 eine Mehrheit [*visuell*] klar erkennbar sei. Es erschiene als «*Gebot der Klugheit*», dass die Stimmzählung durch ein «*unverdächtigeres Gremium*» oder eben technische Hilfsmittel und nicht durch den Landammann/die Frau Landammann vorgenommen würde. «*Als faszinierender Kontrastpunkt zum Urnenmodell helfen [die Landsgemeinden], umgekehrt auch über dessen Stärken, Schwächen und Reformpotenziale nachzudenken*».

[SCHAUB HANSPETER, Landsgemeindedemokratie jenseits von Stolz und Vorurteil, in: DeFacto vom 9. Juni 2023](#)

4. Öffentliche Finanzen

Novità fiscali

- PETER LOCHER critica aspramente la sentenza del Tribunale federale ([DTF 147 I 16](#)) concernente i ricorsi contro la decisione del legislatore ticinese di estromettere dall'assoggettamento i fondi sui quali vi sono meno di 50 posti auto solleva riserve dal profilo del principio della parità di trattamento (*art. 8 Cst.*), segnatamente per quanto concerne il limite d'imposizione adottato e la parità di trattamento tra concorrenti diretti (*art. 127 cpv. 2 Cst.*). L'Alta corte stabilisce che, considerato il **potere discrezionale del legislatore cantonale** e tenuto conto che la **tassa di collegamento** (*art. 35a-35t LTPub*), tassello di un concetto globale di riorientamento della mobilità, costituisce una scelta con una forte connotazione politica, essa può essere tutelata. In seguito ad un'iniziale presentazione degli elementi costitutivi della tassa di collegamento e delle sue valutazioni giuridiche, ne viene analizzato l'effetto orientativo per in seguito compararlo al quadro giuridico classico dell'imposta orientativa. L'Avv. LOCHER conclude invitando i giudici di Mon-Repos ad analizzare tali questioni in maniera «*più accurata*» e «*senza lasciarsi affascinare da concezioni ben intenzionate, ma troppo ottimiste*».

[LOCHER PETER, Considerazioni giuridiche sulla "tassa di collegamento" ticinese, in: Novità fiscali \(4\), 2023, pp. 222-228](#)

- EVELINE HUTTER und LUKAS RÜHLI haben, unter verständlicher Darlegung ihrer Methodik, die Entwicklung der kommunalen Steuerfüsse in den Jahren 2017 bis 2023 untersucht und dabei besonderen Fokus auf den Vergleich der steuerlichen Attraktivität der Städte zu den jeweilig umliegenden Gemeinden gelegt (*relativer Steuerfuss*). Zur Attraktivität einer Stadt als Wohn- und Unternehmensstandort gehöre auch eine moderate Steuerbelastung, welche massgeblich vom kommunalen Steuerfuss bestimmt werde, welcher auch Resultat einer effizienten Haushaltsführung der Gemeinde sei. «*Eine Senkung im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden spiegelt den politischen Willen zur Erhaltung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Zentrums*» wider. Umso interessanter sind die konzis gehaltenen Ergebnisse der Autoren.

[HUTTER EVELINE/RÜHLI LUKAS, Städtische Steuerbelastung: St. Gallen, Winterthur und Zürich fallen zurück, in: avenir suisse vom 2. Oktober 2023](#)

5. Wirtschaft



- Das Public-Private-Partnership-Modell trägt nach GIANNI BOMIO massgeblich dazu bei, dass die Zuger Behörden in Wirtschaftsfragen als agil und kundefreundlich gelten. Das ergebe das seit über 20 Jahren erhobene Standortranking der UBS und der [vormaligen] Credit Suisse. «Der Kanton gründet (...) den juristischen Träger, leistet eine Anschubfinanzierung und arbeitet aktiv in der privaten Struktur mit», danach seien die privaten Akteure federführend. Massgebliche Basis hierfür sei das Zuger Wirtschaftspflegegesetz ([BGS 915.1](#)), welches mit 4 Paragrafen das kürzeste der Schweiz sei. Damit könnten staatliche Strukturen «schlank» gehalten werden, ohne dass Kanton und Gemeinden auf ihre Mitsprache im Wirtschaftsbereich verzichten müssten. Gerade wo staatsnahe Aktivität erwünscht, aber nicht zwingend erforderlich sei, habe das PPP-Modell grosse Vorteile.

[BOMIO GIANNI, Warum Zuger Behörden agiler sind als andere, in: Die Volkswirtschaft vom 25. Juli 2023](#)

6. Diverses



- Bezogen auf die Thematik des Heimfalls bei Wassernutzungskonzessionen zeigen die Autoren chronologisch auf, wie die – deutschschweizerische – Doktrin anhand zweier Dissertationen von 1926 und 1983 es als «*einhellig*» erachtete, dass das kantonale Wasserrecht, die Konzessionsbestimmungen und sogar das Heimfallsrecht dem Art. 67 WRG ([SR 721.80](#)), mithin Bundesrecht, vorgehen würden, während die – frankophonschweizerische – Doktrin von der 1926^{er} Dissertation unbeeinflusst geblieben sei und sich dort entsprechend die gegenteilige Meinung entwickelt habe, nämlich dass nur die kantonale Konzession Vorrang habe, nicht aber kantonale Heimfallsbestimmungen. Nach Meinung der Autoren sei die frankophonschweizerische Meinung hierüber sachgerecht. Es sei dabei «*erstaunlich und erschreckend zugleich, auf welch tönernen Füssen scheinbar gefestigte «Mehrheitsaussagen» im juristischen Schrifttum stehen*».

[HETTICH PETER/RECHSTEINER STEFAN/DRITTENBASS JOEL, Der Heimfall – Ein Beitrag zu den Sprachbarrieren in rechtswissenschaftlichen Kompilationen, in: ZBI 124/2023 \(Heft Nr. 6\), S. 285 f.](#)



- Am 7. und 8. September 2023 fanden in Zusammenarbeit mit der KdK und der ch Stiftung die 1. Freiburger Föderalismustage an der Universität Freiburg i.Ue. statt. Während sich die Abendveranstaltung vom 7. September 2023 mit Blick auf das 175-jährige Bestehen der Schweizerischen Bundesverfassung ganz generell den Herausforderungen des Föderalismus widmete, ging die wissenschaftliche Tagung am Folgetag interdisziplinär, vertieft und vergleichend auf die intergouvernementalen Beziehungen interföderaler Systeme ein. Weitere Informationen zu den Föderalismustagen und insbesondere zu den einzelnen Präsentationen der Referentinnen und Referenten finden Sie im untenstehenden Link:

[1. Freiburger Föderalismustage 1^{ères} journées du Fédéralisme de Fribourg](#)

- Der diesjährige Schweizerische Juristentag des Schweizerischen Juristenvereines (SJV) fand am 8. und 9. September 2023 in Zug statt und war dem Schuldbetreibungs- und Konkursrecht sowie dem Föderalismus gewidmet. Zum letzteren Thema haben die Prof. NESA ZIMMERMANN von der Universität Neuenburg und GIOVANNI BIAGGINI von der Universität Zürich je einen Beitrag verfasst:

[ZIMMERMANN NESA, Entre innovation et résistances. La garantie des droits fondamentaux dans l'État fédéral, in: Congrès de la Société Suisse des Juristes 2023](#)

[BIAGGINI GIOVANNI, Der schweizerische Bundesstaat und seine Verfassungen. Versuch einer verfassungsrechtlichen und verfassungstheoretischen Standortbestimmung aus Anlass des 175. Doppelgeburtstags, in: Schweizerischer Juristentag 2023](#)

V. Meldungen – Annonces – Notizie

In diesem Kapitel werden föderalismusrelevante Meldungen aus den Medien oder der Politik, von interkantonalen Konferenzen sowie des Bundesrats nach Sachbereichen aufgelistet.


Die Reihenfolge der Sachbereiche orientiert sich an der systematischen Rechtssammlung des Bundes.

1. Staatsorganisation und Behörden






Datum und Quelle	Inhalt
13.09.2023 NZZ	Das Parlament hat nun endgültig den vom Bundesrat im Zuge einer parlamentarischen Motion erarbeiteten Entwurf einer Regulierungsbremse abgelehnt. Nach CHRISTOPH G. SCHMUTZ hat der Bundesrat selbst keinen Hehl daraus gemacht, dass er wenig von seinem eigenen Entwurf hielt. Es sei bereits ex post schwierig, Regulierungskosten zu beziffern, Prognosen seien dementsprechend <i>«noch diffiziler»</i> . Hauptauschlaggebend für die Ablehnung der Regulierungsbremse war schlussendlich, dass sie staatspolitisch schlicht nicht haltbar gewesen sei und dass man mit den Unternehmen eine Interessengruppe bevorteilen würde. Als <i>«Hoffnungsschimmer»</i> besteht die Vorlage zu einem Unternehmensentlastungsgesetz (UEG). <i>«Böse Zungen»</i> äusserten sich allerdings auch hierzu bereits ablehnend: mit diesem <i>«würde quasi Bürokratie mit Bürokratie»</i> bekämpft. Das Parlament hat an der Schlussabstimmung der Herbstsession 2023 über das UEG befunden. <u>NZZ, Keine Extrawurst für Firmen: Die Regulierungsbremse scheitert im Parlament - aber nur knapp</u>
12.09.2023 <u>CdT</u>	In occasione del 175^{esimo} anniversario della Costituzione federale svizzera, e dunque del modello federale, il Prof. SACHA ZALA – professore di Storia svizzera e moderna all'Università di Berna – ripercorre le tappe dell'atto fondatore elvetico, mettendone in luce i rischi e la fragilità. <u>Corriere del Ticino, "Una carta che si adatta nel tempo in cerca di equilibrio democratico"</u>

2. Territoriale Struktur und Regionen

Datum und Quelle	Inhalt
13.09.2023 NZZ	Nach Meinung von KURT FLURI müsste die Wahrung der Autonomie eigentlich im ureigensten Interesse der Kantone sein. Der oft genannte Einwand, <i>«Flickenteppiche»</i> zu vermeiden sei <i>«nichts anderes als eine pejorative Umschreibung des Föderalismus»</i> . Gleichzeitig verhalte sich der Bundesrat widersprüchlich in seiner Haltung zur föderalen Kompetenzaufteilung. Während sich die Kantone früher

	<p>gegen «Übergriffe» des Bundes verwahrt hätten, manifestiere sich im Verhalten der Kantone «Bequemlichkeit», die unweigerlich zur Erosion des verfassungsmässigen Föderalismus und der bundesstaatlichen Idee führten.</p> <p>NZZ, Gastkommentar, Die Kantone sollten selbstbewussten Föderalismus leben statt bequemen Opportunismus</p>
<p>21.09.2023</p> 	<p>Les opposants au foie gras ont recueilli plus de 100'000 signatures pour une initiative populaire visant à interdire ce produit, déclenchant ainsi un vote populaire au niveau national. Les parties politiques sont réticents à prendre une position claire, craignant des divisions entre la Suisse romande et la Suisse alémanique. Le délai imparti pour la récolte des signatures s'échoue le 28 décembre 2023.</p> <p>Tribune de Genève, Les anti-foie gras auront leur revanche devant le peuple Initiative foie gras (FF 2022 1572)</p>

3. Politisches System und politische Rechte

Datum und Quelle	Inhalt
<p>18.09.2023</p> 	<p>Im Kanton GE dürfen Menschen mit psychischer oder geistiger Beeinträchtigung bereits wählen und abstimmen. Auch in anderen Kantonen wie BE und VD sind bereits solche Bestrebungen im Gang. Nun hat der Zürcher Kantonsrat eine Initiative befürwortet, nach der dauernd urteilsunfähige Menschen oder Personen unter umfassender Beistandschaft das Stimm- und Wahlrecht gewährt werden soll.</p> <p>Tagesanzeiger, Menschen mit geistiger Behinderung sollen abstimmen können</p>
<p>22.09.2023</p> 	<p>In 13 Kantonen (insbesondere der Ost- und Zentralschweiz) dürfen Auslandsschweizer keine Ständeräte wählen. Im Gegensatz zum Nationalrat werden die Wahlen des Ständerats auf kantonaler Ebene geregelt. Der Bund habe dabei keine Handhabe. Dieser Umstand wird als Demokratiedefizit kritisiert. In den Kantonen GL und VD gebe es bereits Bestrebungen, diese Situation zu ändern.</p> <p>St. Galler Tagblatt, Diese Schweizer dürfen nicht wählen – das ist der kuriose Grund</p>
<p>23.09.2023</p> 	<p>Il politologo CLAUDE LONGCHAMP sostiene che la nazione fondata sulla volontà sia oramai morta. Ciononostante, il paese funziona e gran parte del merito è da attribuire al federalismo: un modello che permette infatti di dare peso a tutte le regioni linguistiche del paese, tutelandone così l'indipendenza.</p> <p>Corriere del Ticino, "La Willensnation svizzera è morta, ma il paese funziona"</p>
<p>02.10.2023</p> 	<p>Rund 29'000 Schweizerinnen und Schweizer hätten bei den letzten Nationalratswahlen [sic] falsch gewählt. Bemerkenswert seien auch die grossen Unterschiede zwischen den Kantonen. Der Kanton ZG habe bei den Wahlen 2019 den höchsten Prozentsatz an ungültigen Stimmen verzeichnet. Grund für diese kantonalen Diskrepanzen seien gemäss der Bundeskanzlei nicht zuletzt die unterschiedlichen Verfahrensregeln in den Kantonen.</p> <p>Zürcher Unterländer, Jeder Hundertste wählt falsch</p>
<p>06.10.2023</p> 	<p>Nach ROBERT NEF befindet sich die Schweiz seit 1945 in einer Wachstumsphase «des regulierungssüchtigen Wohlfahrts- und Umverteilungsstaats». In einer prägnanten historischen und terminologischen Herleitung propagiert er, politische Herrschaft habe einen Hang zum Zentralismus. «<i>Wer aber global denkt,</i></p>

	<p>strebt nach einer pluralistischen Weltordnung auf der Basis offener, möglichst autonomer Föderationen».</p> <p>NZZ, Gastkommentar, Trotz Zentralismustrend: Echter Föderalismus hat Zukunft</p>
<p>07.10.2023</p> <p>NZZ</p>	<p>Noch selten sei die Schweiz innerhalb einer einzigen Legislatur «derart durchgeschüttelt geworden». In diesem Artikel bietet die NZZ für jeden einzelnen der 26 Kantone einen gesonderten Wahlausblick auf die diesjährigen nationalen Wahlen.</p> <p>NZZ, Trotz Corona, Krieg und CS-Krise sieht vieles nach Stabilität aus: der NZZ-Wahlausblick für alle 26 Schweizer Kantone</p>
<p>22.10.2023</p> <p>23.10.2023</p> <p>NZZ</p> <p>SRF</p>	<p>Am 22. Oktober 2023 hat die Schweiz ihr Parlament neu gewählt. Bei den Nationalratswahlen ging die SVP als klare Gewinnerin hervor, mit deutlichem Abstand gefolgt von der SP. Zu den grossen Verlierern gehörten die Grünen sowie die GLP. Erstmals ist die Mitte mit einem Sitz mehr als die FDP in der grossen Kammer vertreten. Im Ständerat sind nach wie vor 15 Sitze offen, womit in mehreren Kantonen ein 2. Wahlgang durchgeführt werden muss. Finden Sie alle Abstimmungsergebnisse auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene auf den interaktiven Grafiken und Karten sowie weitere informative Artikel rund um die eidgenössischen Wahlen in der NZZ und im SRF:</p> <p>NZZ, Eidgenössische Wahlen 2023</p> <p>SRF, Schweizer Wahlen 2023</p>

4. Migration


Datum und Quelle	Inhalt
<p>25.08.2023</p> <p>SRF</p>	<p>Damit ein Engpass bei einem raschen Anstieg der Flüchtlingszahlen verhindert werden könne, stellen die Kantone dem Bund 1800 zusätzliche Unterbringungsplätze für Asylsuchende zur Verfügung. Der Bund möchte damit einen Notpuffer schaffen, der einen Engpass im Falle eines raschen Anstiegs der Flüchtlingszahlen verhindern soll.</p> <p>SRF, Kantone stellen 1800 weitere Asyl-Unterbringungsplätze bereit</p>
<p>28.09.2023</p> <p>LA LIBERTÉ</p>	<p>La conseillère fédérale BAUME-SCHNEIDER fait le bilan sur la situation en matière d’asile et appelle à une réforme du système d’asile européen et un mécanisme de solidarité pour répartir équitablement la charge migratoire, tout en collaborant avec les cantons pour augmenter les capacités d’hébergement pour les requérants d’asile.</p> <p>La Liberté, Elisabeth Baume-Schneider sur l’asile : «La situation est sous contrôle»</p>

5. Öffentliche Finanzen


Datum und Quelle	Inhalt
14.08.2023 NZZ	Mit der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS hat sich das finanzielle Risiko für Schweizer Steuerzahler erhöht . Dieses Risiko besteht auch auf kantonaler Ebene in Bezug auf die Kantonalbanken . Vergleicht man nämlich die Bilanzsummen dieser Banken mit den kantonalen BIP, so zeigt sich, dass viele Kantone im Falle einer Rettung finanziell überfordert wären. Selbst Kantone, welche keine Staatsgarantie vorgesehen haben (<i>einzig BE, GE und VD</i>), würden den Kantonalbanken auf Grund ihrer regionalen Systemrelevanz wohl eine staatliche Absicherung gewähren müssen. NZZ, Nicht nur die UBS ist ein Klumpenrisiko für den Staat. Auch Kantonalbanken könnten für den Steuerzahler sehr teuer werden
07.09.2023 SRF	Zurzeit bezahlen zehn Kantone keinen Zins für vorausbezahlte Steuern . Als Folge der Negativzinsen haben der Bund und viele Kantone den Rabatt für Frühzahler gekürzt oder gar gestrichen. Der Kanton AI gewährt mit einem Prozent die höchste Rückerstattung. Auch für das Jahr 2024 bestätigten bereits vier Kantone, dass sie den Prozentsatz nicht erhöhen werden. Andere zögern noch. SRF, Steuern vorzeitig bezahlen lohnt sich in vielen Kantonen nicht
23.09.2023 <u>CdT</u>	Il federalismo fiscale rischia di costare caro ai cantoni sul piano della riforma per l'imposizione dei coniuqi. I cantoni dovranno infatti confrontati ad un cambio di paradigma in seno ai loro sistemi tributari. Corriere del Ticino, Imposizione dei coniuqi, da un'iniquità a un'altra
25.09.2023 NZZ	Alt Bundesrat KASPAR VILLIGER und Bundesrätin KARIN KELLER-SUTER diskutieren im Interview mit der NZZ über die Schuldenbremse . Ihrer Ansicht nach erwies sich dieses Rezept als probates Mittel, um eine vernünftige Ausgabenpolitik durch das Bundesparlament zu führen. Ausserordentliche Krisensituationen (<i>Covid-19, Ukraine-Krieg</i>), Umgehungsstrategien oder die wachsende Zahl an Bundesausgaben würden das Modell der Schuldenbremse jedoch unterminieren . Letzteres sei u.a. auf die Tendenz zurückzuführen, dass die Kantone ihre eigenen Aufgaben verstärkt an den Bund übertragen möchten. Eine Entflechtung der Aufgaben zwischen den Staatsebenen würde dabei zu einer Verbesserung führen. NZZ, «Ich beobachte mit Sorge, wie der Föderalismus verschlammt»

6. Digitalisierung



Datum und Quelle	Inhalt
12.09.2023 IT INSIDE IT	Der Bundesrat möchte das elektronische Patientendossier (EPD) zentralisieren und dabei CHF 30 Mio. investieren. Derzeit läuft eine Vernehmlassung über eine entsprechende Gesetzesvorlage. Das Vorhaben der Regierung wird nun auch von der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren (<i>GDK</i>) unterstützt, welche die acht Gemeinschaften für das EPD zusammenführen will. Inside IT, Bundesrat erhält gewichtige Unterstützung für die Zentralisierung des EPDs
04.10.2023 IT INSIDE IT	Die Kantone AR, AI, GL, SH, SG und TG beschaffen gemeinsam ein <i>Security Operations Center</i> und einen dazugehörigen IT-Service. Diese interkantonale Zusammenarbeit soll die Resilienz gegenüber Cyber-Angriffen durch eine verbesserte

	Erkennung und Abwehr gewährleisten. Ausserdem sollen Fachkenntnisse besser geteilt und Ressourcen effizienter genutzt werden. Inside IT, Ostschweizer Kantone bündeln ihre Kräfte für IT-Sicherheit
13.09.2023 	Plusieurs villes et cantons discutent d'interdire la reconnaissance faciale dans l'espace public . Malgré cela, l'Office fédéral de la police (Fedpol) envisage d' acquérir un logiciel de comparaison faciale avec une vérification humaine pour garantir la fiabilité des résultats. Le Temps, En Suisse, la fronde contre la reconnaissance faciale prend de l'ampleur

7. Raumplanung




Datum und Quelle	Inhalt
23.09.2023 	In materia di pianificazione territoriale , l' autonomia comunale non ha più senso : questa – anziché come una risorsa – si presenta come un ostacolo alle sfide poste dall'evoluzione demografica. Un modello di pianificazione cantonale sembrerebbe dunque adattarsi meglio ai bisogni futuri. Corriere del Ticino, Un Ticino da 550 mila abitanti
29.09.2023 NZZ	Das Parlament möchte mit dem revidierten Raumplanungsgesetz klare Regeln bezüglich der Trennung von Bau- und Nichtbaugebiet schaffen. Die Kantone müssten in ihren Richtplänen festlegen, wie sie ausserhalb der Bauzonen die Zahl der Gebäude stabil halten wollen. Sie dürfen allerdings auch Spezialzonen bezeichnen, in denen landwirtschaftliche Gebäude umgenutzt und erweitert werden können. Solche Ausnahmen seien durch den Abbruch nicht mehr benötigter Ställe zu kompensieren. Sogenannte Abbruchprämien könnten dabei erstmals einen Anreiz setzen. NZZ, Nun gilt: Hier der Stall, dort der Wohnblock

8. Öffentliche Werke – Energie – Verkehr


Datum und Quelle	Inhalt
06.07.2023 	Il partito dei Verdi propone, in un' iniziativa parlamentare , diverse misure per combattere siccità e ondate di calore . Tra queste, l'idea di dare alla Confederazione una nuova competenza sulla gestione dell'acqua per far fronte ad un modello attualmente troppo frammentato . Corriere del Ticino, Gestione dell'acqua: "La Confederazione deve avere più competenze"
10.09.2023 NZZ 10.09.2023 	Die Walliser Stimmbevölkerung hat ein Dekret der Kantonsregierung zur Beschleunigung der Errichtung von alpinen Photovoltaikanlagen abgelehnt . Der Erlass hätte die Kantonsregierung als erstinstanzliche Bewilligungsbehörde für eingereichte Gesuche vorgesehen (Verfahrenskonzentration). Mit diesem Nein bremse der Kanton Wallis die Umsetzung der vom Bundesparlament geplanten Solar-Offensive . NZZ, Grosse Solaranlagen in den Bergen: das Walliser Nein als grünes Licht für den Atom-Express? Le Temps, En Valais, le peuple donne un coup quasi fatal aux parcs solaires alpins
05.10.2023 NZZ	Sieben Ostschweizer Kantone beklagen sich über die Bahnpolitik des Bundes . Ihrer Ansicht nach bevorzuge der Bundesrat in seinen Plänen für den Ausbau der

	<p>Bahninfrastruktur die Pendlerinnen und Pendler aus der Romandie. Für wichtige Grossbauprojekte in der Ostschweiz, wie beispielsweise die Verbesserung der Bahnlinie zwischen Winterthur und St. Gallen, würden dagegen nicht genügend Mittel vom Bund zur Verfügung gestellt. In einem scharf formulierten Communiqué richtete sich die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) an den Bundesrat.</p> <p>NZZ, Die Ostschweiz fühlt sich beim Ausbau der Bahninfrastruktur vernachlässigt</p>
--	--

9. Gesundheit – Umwelt – Soziales

Datum und Quelle	Inhalt
25.09.2023 	<p>Die Schweiz gibt 11,3% des BIP für das Gesundheitswesen aus. Grund für die beträchtlichen Kosten seien u.a. die hohe Spitaldichte, welche dazu führe, dass Leistungen doppelt erbracht würden. Gemäss Experten liessen sich diese Ausgaben durch eine verbesserte interkantonale Zusammenarbeit verringern. Sie schlagen hierzu die Schaffung von fünf bis sechs Gesundheitsregionen vor.</p> <p>SRF, Die Schweiz leistet sich viel zu viele Spitäler</p>
26.09.2023  19.09.2023 NZZ	<p>Dans tous les cantons, à l'exception du Valais, les primes d'assurance maladie augmenteront plus fortement en 2024. Cette augmentation sera particulièrement significative en Suisse romande.</p> <p>Le Temps, Les primes maladie 2024 bondiront de 8,7% en moyenne, forte hausse en Suisse romande</p> <p>NZZ, Mit einem Umzug lassen sich bei der Krankenkasse Tausende Franken sparen: Wo es in der Schweiz die günstigsten Prämien gibt</p>
27.09.2023 	<p>Nonostante il sistema rischi il collasso, l'epopea infinita dei premi di cassa malati rimane in un limbo di immobilità. Tra le cause di questo stallo figura anche il federalismo, reo di assegnare diverse competenze ai cantoni in ambito sanitario.</p> <p>Corriere del Ticino, Ultima chiamata per evitare il peggio</p>

10. Wirtschaft

Datum und Quelle	Inhalt
23.08.2023 NZZ	<p>Die Kantone ZG, BS und ZH sind laut einer UBS-Studie die attraktivsten Standorte für Unternehmen. Sie profitieren von der städtischen Infrastruktur, einem grossen Einzugsgebiet oder vom hohen Ausbildungsstand in der Bevölkerung. Wohnungsknappheit, Fachkräftemangel und hohe Steuersätze sind wiederum Faktoren, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Kantone schmälern. Mit der Einführung der OECD-Mindeststeuer könnten Kantone mit niedrigen Steuersätzen an Attraktivität verlieren.</p> <p>NZZ, Welcher ist der attraktivste Kanton im Land? Steuern und Wohnungsnot beeinflussen das Ranking der Wettbewerbsfähigkeit</p>
17.09.2023  swissinfo.ch	<p>Ein Bürgerkomitee plant eine nationale Volksinitiative zur Teilverstaatlichung der UBS. Die sogenannte Bankeninitiative sieht vor, dass der Bund Mehrheits-träger des Aktienkapitals von systemrelevanten Grossbanken werden soll. Ziel solle der Schutz der Steuerzahler und des Staatsvermögens sein. Noch im Jahr 2023 soll mit der Unterschriftensammlung begonnen werden.</p> <p>SWI, Geplante Volksinitiative fordert Teilverstaatlichung der UBS</p>